

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

№. 77. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Betrikauer 109. Telefon 136-90. Postcheckkonto 63.508. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Ertelstunden der Schriftleiter täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengepaaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigegepaaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellensuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.—; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

8. Jahrg.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Montag nachmittags ist endlich der deutsch-polnische Vertrag durch die Unterzeichnung zur Tatsache geworden. Die schwere wirtschaftliche Lage beider Länder und der offensichtliche Bankrott der nationalpolitischen Politiker auf beiden Seiten hat den Abschluß des Vertrages möglich gemacht. Der Schaden, der durch den fünf Jahre lang währenden Zollkrieg beiden Völkern zugefügt worden ist, haben die Chauvinisten auf beiden Seiten der Grenze zu verantworten. Die Völker, die diesen Schaden zu zahlen hatten, werden — das hoffen wir zuversichtlich — den Vertragsgegnern gebührende Denkmäler errichten, sobald sie zu Worte kommen. Das Kesseltreiben der polnischen chauvinistischen Presse und der deutschen Reaktion gegen dieses Werk des Wirtschaftsfriedens



Ulrich Kaufner.

soll nicht vergessen bleiben. Es soll dem Volke bei jeder Gelegenheit in Erinnerung gebracht werden, damit die traurigen Geldden der Völkerverehrung nie wieder in die Lage kommen sollen, das Werk, dessen Ausführung soviel Mühe gekostet hat, zu gefährden.

Der Vertrag trägt in seiner Ausdehnung den Charakter eines Kontingentvertrages.

Er läßt alle zwischen den Ländern bestehenden Austauschbeschränkungen bestehen. Beide Vertragsschließenden stellen fest, daß der Vertrag den Grundsatz eines freien Austausches nicht vermindert. Darum sieht der Vertrag vor, daß weitere Verhandlungen geführt werden sollen, um die Wege zu ermitteln, die eine Unterbrechung des deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehrs an die Genfer Konvention ermöglichen könnten.

Wir sehen aus den obigen Ausführungen, daß die Vertragsschließenden sich über die Unzulänglichkeit des Vertrages klar sind, obwohl schon die Tatsache seines Zustandekommens einen bedeutenden Erfolg darstellt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Wirtschaftsfrieden und der Kulturfrieden die besten, zuverlässigsten Garantien des Völkerfriedens sind. Der Kulturfrieden ist bei einem ein wenig guten Willen erreichbar. Ein klares Wort der Regierung würde genügen, um die Mehrheit der Völker für einen Frieden zu gewinnen und mit der reaktionär verstandenen Administration aufzuräumen. Der Wirtschaftsfrieden ist aber möglich, sobald die Völker einsehen, daß der Konkurrenzkampf der Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet heute unbedingt überlebt ist, daß heute nur weitgehendste gegenseitige Anpassung der Wirtschaft und wirtschaftliche Solidarität der Völker die einzige Möglichkeit eines neuen Aufstieges und neuen Wohlstandes der Völker bilden.

Polen erreichte durch den Vertrag das Recht der Einfuhr von 320 000 Tonnen Kohlen monatlich und 200 000 Schweinen jährlich mit einer jährlichen Progression von 75 000 Stück, bis zur Höchstzahl von 350 000. Als Gegenleistung wird Deutschland Kontingente auf Waren, die bisher durch Ausfuhrverbote gesperrt waren, erhalten.

Die Tariffestimmungen sehen für Deutschland nur

Dr. Szymanski bildet das Kabinett

Szymanski will „versuchen“, mit dem Sejm zusammenzuarbeiten.

Gestern um 3 Uhr nachmittags erschien in der Kanzlei des Senats ein Abjutant des Staatspräsidenten und überreichte dem Senatsmarschall Dr. Julian Szymanski ein Handschreiben, durch das der Staatspräsident ihn mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Daraufhin begab sich Senatsmarschall Dr. Szymanski nach dem Schloß und erklärte dem Staatspräsidenten, daß er bereit sei, die Mission der Regierungsbildung zu übernehmen und daß er gegebenenfalls an die Spitze der zu bildenden neuen Regierung treten werde.

Später hatte Dr. Szymanski eine zweistündige Unterredung mit Prof. Dr. Bartel. Nach dieser Konferenz empfing der Senatsmarschall die Vertreter des Klubs der Parlamentarier, denen gegenüber er erklärte, daß er

nach eingehender Rücksprache mit Marschall Pilsudski sich entschlossen habe, die Mission der Regierungsbildung zu übernehmen und es versuchen werde, als Regierungschef die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Sejm zu „erproben“. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Sejmparteien werde er in Anbetracht des heutigen Namens-tages des Marschalls Pilsudski erst morgen, Donnerstag, aufnehmen.

Auf die Frage der Journalisten, ob Dr. Szymanski mit der Möglichkeit der Bildung einer reinparlamentarischen Regierung rechne, erklärte dieser, daß dies vom Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Vertretern der Sejmparteien abhängen und unter Umständen durchaus nicht ausgeschlossen sei...

Ein neuer Pilsudski-Brief.

Warum Pilsudski die Regierungsbildung nicht übernehmen will.

In einem in der Sanacja-Presse heute früh erschienenen Artikel richtet Marschall Pilsudski, wie schon bei früheren Gelegenheiten, wieder einmal die schärfsten Angriffe gegen die Sejmabgeordneten. In diesem Artikel heißt es u. a., daß der Staatspräsident ihn, den Briefschreiber, mit der Neubildung der Regierung betrauen wollte, er aber diese Mission ablehnen mußte, weil er nicht imstande sei, mit dem Sejm zusammenzuarbeiten.

Weiter beschäftigt sich der Marschall in seinem Schreiben mit den Grün den, die eine Zusammenarbeit zwischen

ihm und Sejm unmöglich machen, wobei er sich wie immer recht kräftiger Ausdrücke und Schimpfworte bedient, wie „Extremende“ usw. usw.

Am Schluß seines Briefes gibt Marschall Pilsudski aber doch zu, daß wenn sich in Polen niemand finden sollte, der imstande sei, eine Regierung zu bilden, so werde er sich dem Staatspräsidenten zur Verfügung stellen und das Staatsruder als Premierminister übernehmen.

die Meißelbegünstigungsklausel vor, also die Gleichstellung Deutschlands mit anderen Staaten, mit denen Polen im gleichen Vertragsverhältnis steht. Der Transitverkehr ist vollständig freigegeben. Die Veterinärbestimmungen wurden besonders festgelegt.

Das Ende des Zollkrieges

wird dadurch herbeigeführt, indem beide Staaten sich verpflichten, alle Anordnungen, die während des Zollkrieges erlassen wurden, zurückzunehmen. Auch ist die Möglichkeit einer Amnestie für alle daraus entstandenen Vergehen und die Erlassung von verhängten Strafen vorgesehen.

Der Vertrag gilt für ein Jahr und läuft nach dieser Zeit automatisch weiter, sofern die Vertragsschließenden drei Monate vor Ablauf dieser Frist die Kündigung des Vertrages nicht vorgenommen haben.

Die Niederlassungsfrage ist durch die Meißelbegünstigungsklausel geregelt, sie umfaßt jedoch nur selbständige Kaufleute und Industrielle, die mindestens vier fachmännische Kräfte beschäftigen.

So sehen die Hauptbestimmungen des Vertrages aus. Um sich über seine Bedeutung ganz klar zu werden, braucht man nur zu berücksichtigen, daß schon während des Zollkrieges der Austauschverkehr mit Deutschland ein Drittel des gesamten Umsatzes Polens mit dem Auslande ausmachte. Wenn man noch erwägt, daß die gespannten Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Aufnahme von Auslandsanleihen durch Polen außerordentlich erschweren, so wird der Erfolg dieses Friedenswerkes erst voll gewürdigt werden können.

Es erfüllt uns mit Stolz und Freude, daß es unserem Genossen Genanden Ulrich Kaufner vergönnt war, über die Köpfe der Herms-Männer hinweg dieses schwere Werk zu Ende führen zu können. Wir deutsche Sozialisten in Polen sehen darin eine Tat des Friedens. Mögen andere um Holzpfähle, die die Völker abgrenzen sollen, streiten. Wir aber wollen stets dafür wirken, daß durch Kulturfrieden

und wirtschaftliche Solidarität alle Grenzpfähle als überlebte Zeichen eines gesellschaftlichen Tiefstandes der Menschheit fallen.

Deutsch-polnische Handelskammer in Breslau.

Vorbereitungen für den Wirtschaftsaustausch zwischen Polen und Deutschland.

Breslau, 18. März. Nachdem der Handelsvertrag mit Polen zum Abschluß gekommen ist, hat der im Mai 1927 gegründete deutsch-polnische Wirtschaftsband mit dem Sitz in Breslau nach Zülfnahme mit maßgebenden Wirtschaftsvertragsvereinigungen seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer vollzogen. Die handelsgerichtliche Eintragung ist bereits erfolgt. Den Vorstand des bisherigen Wirtschaftsbandes gehören eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten an. Der Vorstand wird erweitert werden, insbesondere durch Vertreter der Spitzenverbände und direkte Persönlichkeiten aus dem Reich. Eine Zweigstelle ist inzwischen in Berlin errichtet worden und steht unter Leitung von Dr. Haslachner. Die großen Werte, die in dem umfassenden Archivmaterial, das in der bisher geleisteten an Umfang und Erfahrung reichen Arbeit des Wirtschaftsbandes enthalten sind, werden nunmehr auf die Handelskammer übergehen. Zweifellos hat das neue Institut zur Vertiefung der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland beigetragen. Die Geschäftsräume der deutsch-polnischen Handelskammer befinden sich in Breslau I, Wallstraße 2, die der Berliner Zweigstelle Berlin W 8, Charlottenstraße 46.

Die nächste Sejmigung.

Sejmarschall Daszynski hat den Sejm für Montag, den 24. März, einberufen, trotz des von seiten des Regierungsblochs erhobenen Widerspruchs.

# Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

## Ein Schreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg an Reichskanzler Müller.

Berlin, 18. März. Der Reichspräsident hat am Dienstag das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthaltende Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles des Vertrages von Versailles unterschrieben und bei dieser Gelegenheit an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, das im wesentlichen folgendermaßen lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Aus den letzten Vorträgen der Reichsminister und der mit ihnen erschienenen Herren habe ich die Überzeugung gewonnen, daß gegenüber dem vom Reichstag verabschiedeten Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichts auch davon Kenntnis genommen, daß das Rechtsgutachten, das die Regierungsvorlage als verfassungsändernd ansehe, jetzt ihre Bedenken als behoben erachte, nachdem der Reichstag in Entschärfungsfragen eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung geschaffen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles des Vertrages von Versailles abgefertigt und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Bei meiner Entscheidung habe ich den von einer starken Minderheit gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt. Besonders verziehe ich den ablehnenden Standpunkt des notleidenden Ostens unseres Vaterlandes gegen dieses Gesetz und die im bevorstehenden deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände. Das deutsche Liquidationsabkommen hat in erster Linie so viele der deutschen Stammesgenossen hinter unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird. Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unseren Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die aufs höchste gestiegen ist, zu helfen. Daß auch hier tatkräftig gehandelt wird, muß ich trotz mancher Bedenken auf dieses Gesetz hinweisen.

In meiner Rundgebung vom 13. März habe ich mich dahin ausgesprochen, daß der politische Kampf der letzten Monate einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß. Für diese praktische Arbeit eröffnet sich hier ein ganz besonders bedeutungsvolles Gebiet. Zunächst ist es erforderlich, daß die zurzeit zur Beratung stehenden Agrarmaßnahmen der gesamten Landwirtschaft zugute kommen. Aber die für den Osten besonders notwendig sind, müssen mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, die der deutschen Landwirtschaft mit allen ihren Betrieben zum dauernden Leben verhelfen wird. Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Aktion hinzutreten. Viele landwirtschaftlichen Betriebe, Güter und Bauern sind in dem Grade überschuldet und mit so hohen Zinsen belastet, daß es ihnen unmöglich ist, nur das Erträglichste aufzubringen und aus eigener Kraft die Überschuldung und damit den Verlust der Scholle abzuwehren. Hier müssen große Mittel bereitgestellt werden, um den Eigentümern Zuschüsse zu den übermäßig hohen Zinslasten zu geben und ihnen die Entschuldung zu ermöglichen und ihnen den Besitz zu erhalten, der die Grundlage für die Existenz der gesamten Bevölkerung ist. Gelingt dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler Landwirte und die Abwanderung zahlreicher Menschen aus dem Osten unaufhaltsam. Ich weiß wohl, daß es bei der schlechten Lage des Reiches unmöglich ist, die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen, aber die unmittelbare Not im deutschen Osten in seiner Gesamtheit wird dazu diese Mittel beschaffen. Ein Teil der Mittel wird — so nehme ich an — man einbringen aus der Industriebelastung, die im zeitweisen Abbau im Finanzprogramm vorgesehen ist. Sie wird dadurch entnommen werden, daß der Abbau der Industrie im Tempo verlangsamt und in Ausnahmefällen gemindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und dem zwischen Deutschland und Polen paraphierten Wirtschaftsabkommen haben der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarprodukten große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen gerade im Osten die Meinung einer abschließlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen. Hier erscheint es billig und rechters, wenn in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird.

Es ist in letzter Zeit viel über die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion gesprochen und geschrieben worden. Hier ist ein Gebiet, wo sich die Verbundenheit praktisch betätigen und nicht nur zur Sicherung der produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch zu allgemeinen landwirtschaftlichen Zwecken, nämlich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Verbesserung unserer Handelsbilanz beitragen kann. Aus Besprechungen, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleichs auch in der Industrie — trotz eigener Sorge und trotz der Klagen über die Höhe der Produktion bedrückenden Lasten — Verständnis findet. Im Hinblick auf die Stellung, die die Reichsverfassung dem Reichspräsidenten einräumt, will und kann ich hier nicht ein genau umschriebenes Programm und einen

bestimmten Weg festlegen, aber es ist hier eine gewisse Pflicht, die Reichsregierung eindringlichst aufzufordern, mit aller Beschleunigung auf solcher Grundlage ein Ostprogramm aufzustellen und nach seiner Verabschiedung durch die gesetzgebenden Körperschaften gemeinsam es mit anderen Fragen durchzuführen. Bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen halte ich es für angebracht, die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Vertretungen und Vertrauensstellen der Ostprovinzen selbst mit einzuschalten. Nachdem die seit langem ausstehenden außenpolitischen Fragen nun ihre gesetzliche Regelung gefunden haben, muß — neben der Sanierung unserer Finanzen — nun entschlossen an die Gesundung unserer Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens herangegangen werden. Nur in der bestimmten Erwartung, daß dies geschieht, habe ich meine eigenen Bedenken wegen des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens und des gestern paraphierten deutsch-polnischen Handelsabkommens zurückstellen vermocht, um mein Einverständnis dazu geben zu können.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und mit freundlichen Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener  
(gez.) von Hindenburg.

## Das Republikchutzgesetz angenommen.

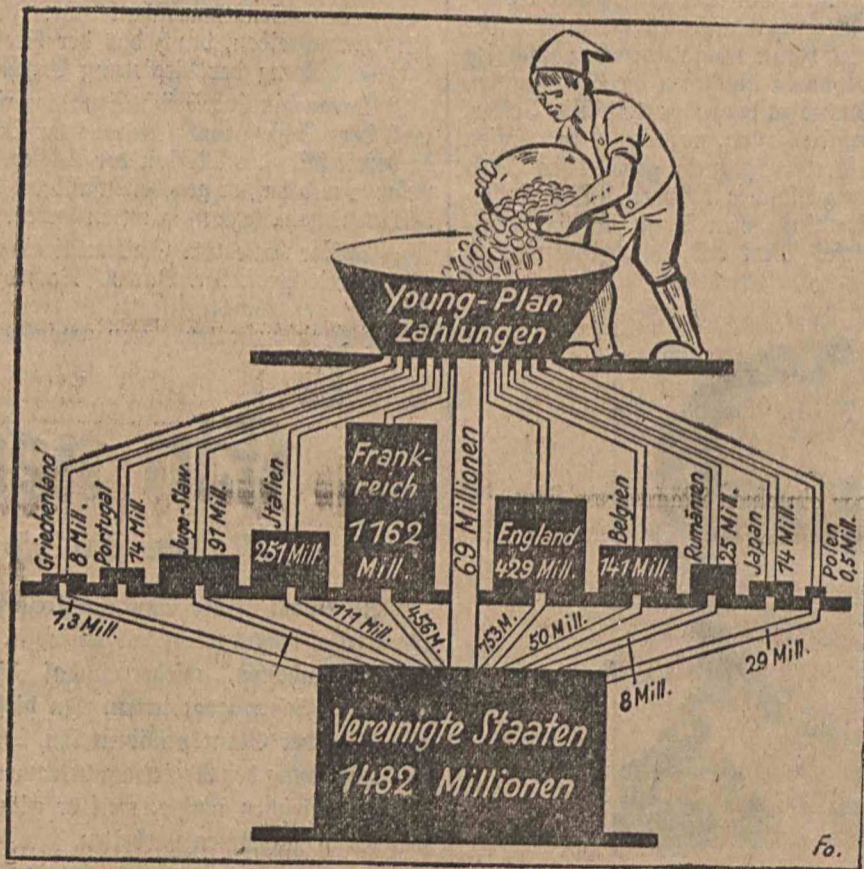
Berlin, 18. März. Das neue Gesetz zum Schutze der Republik ist am Dienstagnachmittag im Reichstag in der namentlichen Schlußabstimmung mit 265 Stimmen der Regierungsparteien gegen 150 Stimmen der Oppositionsparteien angenommen worden.

## Die verfehlte Kollektivierungspolitik der Sowjets.

### Auch das Polit-Büro macht einen Rückzieher.

Moskau, 18. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich jetzt auch das Polit-Büro der kommunistischen Partei der Sowjetunion mit der Liquidierung der individuellen Bauernwirtschaften beschäftigt. Auch das Polit-Büro hat beschlossen, die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften solle langsamer vorgenommen werden, da die neu zu gründenden genossenschaftlichen Bauernwirtschaften weder das erforderliche Geld noch Maschinen oder Saatgut besäßen und in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder zusammenbrechen würden. Die Bildung von Kollektivwirtschaften solle nur gestattet sein, wenn eine gesunde materielle Grundlage dafür vorhanden sei, denn die Regierung könne die Kollektivwirtschaften nicht in dem erforderlichen Maße unterstützen.

Dieser Beschluß des Polit-Büros wird in letzter Zeit durch den Rat der Volkskommissare veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden. Man erwartet, daß in diesem Beschluß die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaften wenigstens vorübergehend zum Stillstand kommen wird.



In den ersten 36 Jahren des nunmehr durch den Reichstag endgültig angenommenen Young-Zahlungsplanes zahlt Deutschland durchschnittliche 2205 Millionen jährlich. 1482 Millionen gehen davon direkt oder indirekt an Amerika.

## Eine neue Bluttat der V. V. S.

Weil er sich über Marshall Pilsudski abfällig äußerte.

Das Städtchen Mysladowitz, Kreis Chrzanow, Wojewodschaft Krakau, war vorgestern der Schauplatz einer neuerlichen Bluttat der im Dienste der Sanacja stehenden „Revolutionären Fraktion“ (V. V. S.). Als sich der Vorsitzende des Bezirkskomitees der V. V. S. in Pary, Kazimierz Molenda, während eines Gesprächs mit Bekannten abfällig über das gegenwärtige Regierungssystem in Polen äußerte und insbesondere über Marshall Pilsudski sein Mißfallen kundgab, zog der der V. V. S. angehörende Konstanty Tupialy einen Revolver hervor und gab auf Molenda fünf Schüsse ab, die diesen in Kopf und Brust trafen. In hoffnungslosem Zustande wurde Molenda in ein Krankenhaus überführt. Tupialy wurde verhaftet.

Das Blutkonto der V. V. S. ist um ein neues Verbrechen reicher geworden. Wann endlich werden die Behörden diesen als Anhänger der Regierung auftretenden Mordbuben das Handwerk legen?

## Sonderbare Geschichte des Wojewoden von Pommerellen.

Die „Wysl Napobleska“ beschreibet in drei aufeinanderfolgenden Artikeln die Geschichte des Herrn Lamot, des Pommereller Wojewoden aus Gnaden der bisher unerreichbaren „Sanacja“. Herr Lamot führte einstens den Namen Brona. Vor dem Kriege befaßte er sich mit Journalistik und war in der Redaktion der in Lublin erscheinenden Zeitung „Ziemna Lubelska“ beschäftigt. Zu dieser Zeit wurde er eines schönen Tages unter der Anklage, einen Banditen-

überfall verübt zu haben, verhaftet, und zwar in der Wohnung eines Geistlichen Wlodzynski, übrigens einer sehr verdächtigen Person. Das Gericht sprach Herrn Lamot zwar frei, doch wurden verschiedene sehr verdächtige Transaktionen zwischen einem Herrn Brona-Lamot und dem ebenfalls verdächtigen Geistlichen festgestellt.

Später wurde aus Herrn Brona ein Herr Lamot. Er übernahm zunächst das Amt eines Starosten in Pinczow und wurde im Jahre 1926 kurz nach Beginn des Pilsudski-Regimes zum Wojewoden von Pommerellen ernannt. Er hielt in P. in pomphaftem Einzug und tat sich ganz besonders in der Bekämpfung des Deutschtums hervor. Er führte in Thorn, wo das ehemalige Offizierskasino zur Wohnung für ihn hergerichtet war, ein großes Haus und trat bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund.

Gegenwärtig gehen über die Person des Herrn Lamot, schreibt der „Napobleska“, noch weit sensationellere Gerüchte umher. Wir wiederholen sie zunächst nicht, da wir noch nicht die Möglichkeit hatten, dieselben nachzuprüfen. Wir stellen nur eine Frage: Ist Herr Lamot, Wojewode von Pommerellen, früher Viktor Brona-Lamot und noch weiter zurück ganz einfach Brona genannt, nicht etwa derselbe Viktor Brona, der im Jahre 1919 aus der Volksmiliz hinausgeworfen wurde? Alles stimmt nämlich: sowohl Vor- und Zuname als auch die Lubliner Vergangenheit... Und nun?...

Sollten wir eine Widerlegung erhalten, so werden wir sie veröffentlichen. Falls nicht, dann werden wir weitere Einzelheiten bekanntgeben.

## Beschlagnahmt.

Wegen Abdrucks eines Artikels unter dem Titel „Krausmäder als Wojewode“ wurde die „Berliner Illustrierte Nachausgabe“ vom 12. März beschlagnahmt.

Wird neue Leser für dein Blatt!









### Die Sejmwahlen im Gnesener Bezirk.

Der „Dziennik Ustaw“ vom 15. März enthält eine Verordnung des Innenministers, nach welcher die Kommunalwahlen zum Sejm im Wahlbezirk Nr. 33, der die Kreise Gnesen, Magilno, Wreschen, Schwoda, Wongrowitz, Dbornik sowie den Stadtkreis Gnesen umfasst, am 1. Juni 1930 stattzufinden haben.

### Der Stern der Sanacja im Erlöschen.

Vollständige Niederlage der Sanacja bei den Stadtwahlen in Ploasz.

Am Sonntag fanden in Ploasz die Wahlen zum Stadtrat statt, die mit einem glänzenden Erfolg der P. P. S. endeten, während die Sanacja und ihre „revolutionären“ Nachläufer, die B. B. S., eine schmachvolle Niederlage erlitten. Von 5476 Wahlberechtigten beteiligten sich an den Wahlen 4885 Personen. Das Wahlergebnis stellt sich wie folgt dar: Die P. P. S. erhielt 1237 Stimmen und 6 Mandate (früher 3 Mandate), Vereinigte jüdische Liste 2428 Stimmen und 13 Mandate (unveränderter Stand), Endecja 932 Stimmen und 5 (früher 4) Mandate. Die Sanacja erhielt 184 Stimmen, während die B. B. S. sogar nur mit 104 Stimmen aus dem Wahlkampf hervorging.

### Die Ratifizierung des Young-Plans durch das französische Parlament.

Paris, 18. März. Der Finanzausschuss der Kammer hat seine auf Dienstagmorgen anberaumte Besprechung, auf deren Tagesordnung die Frage der Ratifizierung des Young-Planes stand, auf Mittwochmorgen verlegt.

### Der tschidistische Störenfried auf der Flottenkonferenz.

Rom, 18. März. Zu der Londoner Flottenkonferenz schreibt der „Popolo di Roma“: Sämtliche in London vertretenen Mächte erheben zur Zeit auf Italien einen Druck auszuüben, damit Italien den Grundgedanken der Flottenengleichheit mit Frankreich aufgeben. Es sei aber nicht zu hoffen, die italienische Abordnung werde auch auf die Gefahr hin, allein zu bleiben, keinen Millimeter von ihrer Forderung abweichen. Wenn der Tag kommen sollte, an dem die italienische Abordnung öffentlich auf einer Vollversammlung die Karten auf den Tisch zu legen gedungen sein werde, so werde man sehen, daß die Abrüstungskonferenz nur ein Vorwand sei, um zwischen den einzelnen Mächten ein Flottenverhältnis zu schaffen, bei dem Italien der letzte Platz angewiesen werden sollte.

### Englisch-russische Verhandlungen über Schuldenerdzahlung Rußlands.

London, 18. März. In schriftlicher Beantwortung einer Unterhausanfrage teilte Außenminister Henderson im Anschluß an seine bereits im Unterhaus abgegebene Erklärung mit, daß zurzeit mit der Sowjetregierung Verhandlungen über die Methode einer möglichen Regelung der Schuldenerdzahlung Sowjetrußlands an England im Gange seien.

### Meuterei in der chinesischen Armee.

Die Offiziere zweier Regimenter getötet.

London, 18. März. Zwei Regimenter Kantoneser Truppen, die in der Bias-Bucht stationiert waren, haben, nach Berichten aus Hongkong, gemeutert. Die Offiziere beider Regimenter wurden getötet. Die kürzlich in Zusammenhang mit dem gegen die Seeräuber in der Bias-Bucht eingeleiteten Feldzug errichtete drahtlose Station wurde völlig zerstört. Eine Militärabteilung und 3 Kanonenboote sind von Kanton aus zur Unterdrückung der Meuterei entsandt worden.

### Standalöse Korruptionsfälle in der amerikanischen Justiz.

Freundschaftliche Verbindungen der Staatsanwälte mit der Verbrechermwelt.

Hj. Der ehemalige New Yorker Staatsanwalt William H. Heyes ist zur Abkündigung seiner wegen passiver Bestechung und Amtsmissbrauches ausgesprochenen Gefängnisstrafe in das New Yorker Gefängnis eingeliefert worden. Heyes hatte sein Amt fünf Jahre inne. Auf seine Anträge sind insgesamt 4030 Männer und Frauen, zum Großteil unschuldig, zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. — Bei seiner Einlieferung spielten sich mannigfaltige Szenen ab. Als Heyes von den Wächtern im Gefängnisvorhof vorbeigesührt wurde, hatten sich Hunderte von während seiner Amtsperiode verurteilten Gefangenen eingesunden, die ihm laute Drohungen und Verwünschungen zuriefen. Man brachte Heyes so schnell wie möglich in das Verwaltungsgebäude des Gefängnisses. Er war leichenblau und konnte sich vor Erholung kaum aufrecht erhalten. Man beachichtigt, Heyes gefordert in dem Gefängnis unterzubringen, da befürchtet wird, daß andere Strafgefangene sich durch Gewalttaten an dem ehemaligen Staatsanwalt rächen könnten. — Heyes war seinerzeit in Verbindung mit umfangreichen Aktienwindelungen der International Petroleum Corporation verurteilt worden. Das Strafmaß lautete auf 1 bis 14 Jahre, das heißt, die end-

gültige Dauer seiner Gefängnisstrafe hängt von seiner Führung im Gefängnis ab. Bei guter Führung kann er nach dem amerikanischen Recht schon nach einem Jahr freigelassen werden. —

In einigen Tagen wird über das Schicksal des New Yorker Stadtrichters Albert Vitale entschieden. Der New Yorker Rechtsanwaltsverein wird in einer Sitzung darüber Beschluß fassen, ob man Vitale das Recht zusprechen soll, weiter zu amblieren. Ein Belastungsmoment gegen Vitale wird darin erblickt, daß er bei seinem Amtsantritt im Jahre 1924 noch Schulden hatte, jetzt aber über ein Vermögen von 165 000 Dollar verfügt. Vitale gibt diesen ungeheuren Vermögenszuwachs unumwunden zu, erklärt aber, daß er durch günstige Kapitalanlage erworben sei. Gegen Vitale war die Beschuldigung erhoben worden, daß er mit der New Yorker Unterwelt in Verbindung stehe. Sein Name und

seine Telefonnummer sind unter der Bezeichnung „häufig angerufen“ in dem Adressenverzeichnis einer berichtigten Schmutzorganisationsliste gedruckt worden. Ferner soll er einen Ueberfall von sieben Banditen auf eine am 7. Dezember vorigen Jahres bei ihm versammelte Wahlgesellschaft unpendert haben. Damals fielen den Räubern große Bargeld und wertvoller Schmuck in die Hände. Vitale soll bei dem Ueberfall merkwürdig ruhig gewesen sein. Er sagte auf das „Hände hoch!“ der Verbrecher: „Meine Damen und Herren! Gehorchen Sie allen Befehlen, lassen Sie das wegnehmen, was wir bei uns haben.“ Einen antwortenden Detektiv soll er davon abgehalten haben, die Polizei zu alarmieren. Ferner soll Vitale mit dem sogenannten Antischoden-König Terranova in Verbindung gestanden haben, den man beschuldigt, an der mysteriösen Ermordung des Glücksspielers Roshtein beteiligt zu sein. —



An der Spitze der 2. Weltkonferenz,

die vom 16. bis 25. Juni dieses Jahres in Berlin stattfindet, stehen als Ehrenpräsident Dr. von Miller (links), der Schöpfer des Deutschen Museums in München, und als Vorsitzender Generaldirektor Dr.-Ing. h. c. Koettgen (rechts). Zu der Tagung, an deren Vorbereitung schon seit Jahren mehr als 300 führende deutsche Wissenschaftler und Ingenieure arbeiten, werden 400 Vertreter aus 50 Ländern erwartet.

### Aus Welt und Leben.

## 20 Menschen bei einem Schiffsbrand umgekommen.

London, 18. März. Einer Meldung aus Columbia zufolge brach auf einem aus der Hafenstadt Barranquilla am Karibischen Meer eingebrochenen Flußdampfer ein Feuer aus, wobei der Dampfer sank. An Bord befanden sich 34 Passagiere und 20 Mann Besatzung, die bei Ausbruch des Feuers noch schliefen. Es wird befürchtet, daß 20 Menschen bei dem Unglück ums Leben gekommen sind. Einzelheiten über den Unglücksfall sitzen zurzeit noch aus.

New York, 18. März. Wie ergänzend gemeldet wird, sind in der furchtbaren Katastrophe am Karibischen Meer über 20 Mann von der Besatzung und den Passagieren Opfer der Flammen geworden. Der Dampfer, der die Docks von den Docks von Maracaibo geladen hatte, war diese Nacht den Magdalena-Strom hinaufgefahren. Das Feuer breitete sich mit solcher Schnelligkeit und Gewalt aus, daß es unmöglich wurde rechtzeitig Rettungsmaßnahmen zu ergreifen.

### Neue Ueberschwemmungen in Südfrankreich.

Paris, 18. März. Aus Poitiers wird gemeldet, daß nach den anhaltenden Regenfällen der letzten Tage der Wasserstand des Chaire darauf gestiegen ist, daß am Montag die unteren Stadtteile von Poitiers unter Wasser gesetzt wurden. In der Umgebung von Poitiers ist der Verkehr auf zahlreichen Chaussees und Landstraßen unterbrochen. In Chablerrault stehen nach dem Abfließen der Siemie ebenfalls die tiefer gelegenen Stadtteile unter Wasser.

Paris, 18. März. Nach den furchtbaren Ueberschwemmungen in Südfrankreich laufen nunmehr stündlich Nachrichten über das bedrohliche Anwachsen der südfranzösischen Flüsse ein. Die Flüsse Cher, Vienne, Indre und Saonne sind um mehrere Meter gestiegen und teilweise bereits über die Ufer getreten, wodurch zahlreiche Schiffahrtsstraßen unterbrochen wurden. Auch die Seine hat nach dem Anwachsen der Nebenflüsse bei Paris den Stand von drei Metern erreicht. Bei einem Wasserstand von vier Metern ist die Schifffahrt gefährdet.

In Saint Nazaire hat eine Springflut großen Schaden angerichtet und zahlreiche Häuser unter Wasser gesetzt. Die meisten Straßen sind vermintet. In den Fischerdörfern in der Nähe von Brest wurden gleichfalls große Schäden angerichtet. Mehrere Fischerboote wurden gegen die Küste getrieben und vernichtet.

### Gefährliche Abenteuer eines Fliegerhauptmanns.

Paris, 18. März. Wie aus Hanoi gemeldet wird, sind dem französischen Fliegerhauptmann Auclerc, der zu einem Langstreckenflug nach Paris aufgestiegen war, eine Reihe gefährlicher Abenteuer widerfahren. Kurz nach dem Start geriet sein Flugzeug in Brand und stürzte in der Nähe der britischen Grenze ab. Der Begleiter, der sich im Fallschirm zu retten versuchte, fiel in einen Fluß und ertrank. Auclerc selbst kam mit einigen Brandwunden davon. Er wurde sofort nach der Notlandung von einer Bande schändlicher Räuber gefangen genommen. Nach mehrtägiger Haft befreiten die Banditen ihn gegen ein Lösegeld von 20 000 Pfund an eine französische Grenzstation aus. Sie unternehmen aber in der Nacht darauf mehrere Angriffe auf die Station, um Auclerc wieder in ihre Hände zu bekommen. Nur mit Mühe konnten die Angreifer zurückgehalten werden.

### Flugzeugunglück in Frankreich.

Paris, 18. März. Am Montagmorgen ereignete sich in der Nähe von Lyon ein schweres Flugzeugunglück. Ein Armeeflugzeug stürzte 400 Meter vom Bron-Flugplatz entfernt aus noch nicht aufgeklärten Gründen ab und fiel auf ein Häuschen, das zusammenbrach. Die beiden Flugzeuginsassen, 2 Unteroffiziere, waren auf der Stelle tot, während die Besitzerin des Grundstückes, die allein im Hause weilte, mit zahlreichen Querschnitten aus den Trümmern gezogen wurde.

### Ein Lastwagen mit 45 Arbeitern umgestürzt.

Paris, 18. März. Auf einer Chaussee in der Nähe von Lille stürzte ein von 45 Arbeitern besetzter Lastwagen um, der die Arbeiter zur Arbeitsstätte bringen sollte. 10 Arbeiter gerieten so unglücklich unter den schweren Wagen, daß sie lebensgefährliche Querschnitten davontrugen. Der Unfall ist auf ein gleichzeitiges Versagen der Steuerver- und Bremsvorrichtung zurückzuführen.

### Dollarmillionärin — und doch bettelarm.

New York, 18. März. In einem Sanatorium New Yorks stand die 81 Jahre alte Witwe des Eisenbahnmagnaten Flagler. Die Paralyse hinterließ ein Vermögen von 16 094 097 Dollar, das von einem Rechtsbeistand verwaltet wurde. Frau Flagler bildete sich ein, bettelarm zu sein, sprach jeden Cent, trotzdem sie über große Summen verfügen konnte, und klagte über die Entbehrungen, die sie zu ertragen hatte.

